Stadtverordnetenversammlung
der
Landeshauptstadt
Potsdam

BESCHLUSS
der 2. öffentlichen Sitzung der Stadtverordnetenversammlung der Landeshauptstadt Potsdam am 14.08.2019

Stasi-Überprüfung
Vorlage: 19/SVV/0737

Die Mitglieder der Stadtverordnetenversammlung der Landeshauptstadt Potsdam, die vor dem 31. August 1971 geboren wurden, sollen auf eine mögliche Tätigkeit für das Ministerium für Staatssicherheit der DDR überprüft werden.

Der Vorsitzende der Stadtverordnetenversammlung wird beauftragt, bei dem Bundesbeauftragten für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes die Auskünfte gern. § 20 Abs. 6 lit. B StUG einzuholen. Für die Auswertung der Auskünfte ist der gem. DS 08/SVV/1055 gebildete Sonderausschuss zuständig. Das dort geregelte Verfahren ist auch für die erneute Überprüfung anzuwenden. Der Oberbürgermeister wird beauftragt, die Unterlagen für die kommunalen Wahlbeamten bei der Bundesbeauftragten für die Unterlagen des Staats-Sicherheitsdienstes einzuholen. Die Auswertung der Auskünfte zu den kommunalen Wahlbeamten erfolgt durch den Dienstvorgesetzten.

Die Mitglieder der Stadtverordnetenversammlung appellieren an die stimmberechtigten Mitglieder des Jugendhilfeausschusses sowie der Ortsbeiräte, sich einer freiwilligen Überprüfung zu unterziehen und die Unterlagen dem Sonderausschuss zukommen zu lassen.

Abstimmungsergebnis:
mit 42 Ja-Stimmen **angenommen**,
bei 4 Nein-Stimmen
und 2 Stimmenthaltungen.

Gemäß § 22 Brandenburgische Kommunalverfassung (BbgKVerf) waren keine Mitglieder der Stadtverordnetenversammlung von der Beratung und Abstimmung ausgeschlossen. Die Übereinstimmung des Beschlusses mit dem Wortlaut in der Niederschrift wird amtlich beglaubigt.

Dem Originalbeschluss werden __/__ Seiten beigefügt.

Potsdam, den 21. August 2019

Ziegenbein
Leiterin des Büros

Stempel